



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/197 - 25.8.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur IUSY-Tagung in Hamburg	S. 1
Die Stellung der Kirche (Bericht aus London)	S. 3
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 5

Die Internationale der Sozialistischen Jugend

(sp) Die Internationale Union der Sozialistischen Jugend (IUSY) hat in Hamburg vom 18. bis 23. August ihren dritten internationalen Kongreß abgehalten, danach tagte bis zum 25. August das neu gewählte Büro in Berlin. 36 sozialistische Jugend-Organisationen, auf 20 Länder verteilt, gehören der Union an und ließen sich auf dem Kongreß vertreten. Trotzdem kann die sozialistische Jugend nicht mit Millionen Zahlen aufwarten. Es gibt keinen Zwang zur Organisation. Die hohen geistigen und kulturellen Ansprüche, die die sozialistischen Studenten- und Jugend-Organisationen in vielen Ländern stellen, und die mit dem Tages-treiben des heutigen Durchschnittsjugendlichen oft wenig zu tun haben, halten so manchen Jugendlichen, der im Grunde dazugehört, fern. Dazu kommt - und das ist oft das Entscheidende in vielen Ländern - das Elend, die Verwahrlosung, die Unterdrückung, in der die Jugend noch vielfach leben muß. Immerhin sind 500000 Jugendliche bisher in den der Union angeschlossenen sozialistischen Jugend-Organisationen vereinigt.

Die Tagesordnung sah eine ganze Reihe von Einzelthemen vor: Jugend und Arbeit, Jugend und Erziehung, Heim und Arbeitslosigkeit, Jugendkriminalität. Und über allen diesen die Kernfrage: Jugend und Sozialismus. Das Problem "Jugend und Sozialismus" beherrschte auch die lebhafteste und lange Diskussion über

das neue in Frankfurt angenommene Programm der neuen sozialistischen Internationale, die in dem Holländer Kees Vorrink, dem früheren Vorsitzenden der sozialistischen Jugendinternationale nach dem ersten Weltkrieg, einen Vertreter zu dem Kongreß entsandt hatte. Viel Grundsätzliches und Theoretisches wurde zu den neuen sozialistischen Prinzipien gesagt. Wo schwebende aktuelle Fragen berührt wurden, spürte man oft das Unbehagen der Jugend über die Winkelzüge der Tagespolitik heraus. Aber in der Grundlage: Demokratie als Form, Sozialismus als Inhalt, mit dem diese Form zu füllen ist, herrschte volle Einigkeit.

Die Leitsätze zur Jugendarbeit und zur Jugenderziehung, die der Kongreß annahm, wurden dem Internationalen Arbeitsamt, das sich auf dem Kongreß vertreten ließ, und der gleichfalls vertretenen UNESCO, überreicht. An alle Welt und vor allem an die Jugend aller Welt und aller Völker aber richtet sich die Schlußproklamation des Kongresses, die den schließlichen Niederschlag der langen Debatten über Art und Weg des jungen Sozialismus darstellt. Sie wendet sich scharf gegen Kommunisten und Faschisten, sie grüßt die Jugend hinter dem "Eisernen Vorhang" und die vom Kolonialimperialismus unterdrückte Kolonialjugend und mündet in einem Bekenntnis zum Sozialismus, dessen Schlußworte lauten "Wir glauben an die Gleichheit der Menschen aller Rassen, Religionen und Farben und an die große Zukunft der Gemeinwirtschaft. Dieser Glaube gibt uns die Sicherheit, daß wir einer höheren Zivilisation, daß wir dem Sozialismus entgegen marschieren".

-yt

+ + +

Die Stellung der Kirche in England

F.S.-London, Mitte August

Als kürzlich einem Beamten im Auswärtigen Dienst und einem Wissenschaftler der PaB abgenommen wurde, um ihre Abreise nach Moskau unmöglich zu machen, wurde in diesem Zusammenhange im Unterhaus die Frage gestellt, ob die gleiche Maßnahme nicht auch für den Dean von Canterbury, einen der höchsten Geistlichen, erwogen werden sollte. Die Antwort, die von Seiten der Regierung gegeben wurde, fiel negativ aus. Howlett Johnson, der Rote Kirchenfürst, dessen kommunistische Gesinnung nicht nur die Kirchenkreise öffentlich verurteilen, ist ein Beamter des Klerus. Die Kirche aber ist eine unpolitische Körperschaft, die durch einen Akt der Regierung in die Politik hineingezogen worden wäre. Der Rote Dean wird weder abgesetzt noch an seiner Reise in die UdSSR gehindert.

Solche Entscheidungen können in einem Lande nur dann gefällt werden, wenn die Kirche wirklich außerhalb der politischen Einflusssphäre steht, eine Tradition, die von der Anglikanischen Kirche seit Jahrhunderten erfolgreich gehalten wird. Zu ihren beamteten und nichtbeamteten Mitarbeitern gehören Angehörige aller Parteienrichtungen, die aber innerhalb ihres kirchlichen Aufgabengebietes von jeder politischen Tätigkeit absehen. Während des Krieges haben Angehörige des hohen Klerus gegen die Bombardierung deutscher Städte, später gegen die Anwendung der Atomwaffe und kürzlich zur Flüchtlingsfrage Stellung genommen. Man beurteilt aber solche öffentlichen Bekenntnisse nicht als politisch oder gar parteipolitisch, weil vorausgesetzt wird, daß sie einem religiös-humanen Gefühl entstammen. Es gehört zu den schwersten Aufgaben, einem englischen Menschen klar zu machen, daß die Kirche in Deutschland als politischer Faktor zu werten ist.

Die Anglikanische Kirche ist zwar als Staatseinrichtung anerkannt, bekommt vom Staat aber keinerlei Zuschüsse. Ihr höchster Vertreter, der Erzbischof von Canterbury, bezieht ein jährliches Einkommen von 7.500 Pfund, hat also ein höheres Gehalt als der Ministerpräsident und rangiert im Range vor ihm gleich nach den Mitgliedern der königlichen Familie. Der Erzbischof von York und

41 Bischöfe beziehen Einkommen zwischen 2000 und 5000 Pfund im Jahre. Etwa 2400 Hilfsgeistliche erhalten wöchentlich aber nur etwa je 6 Pfund, eine Bezahlung, die unter dem Spitzengehalt eines gelernten Arbeiters liegt. 12.240 Pfarrer beziehen je 9 Pfund; auch diese Bezahlung kann nicht als zu hoch bezeichnet werden, wenn das Durchschnittseinkommen einer guten Sekretärin zwischen 7 und 8 Pfund wöchentlich liegt. Insgesamt zahlt die "High Church" für ihre geistlichen und administrativen Angestellten jährlich etwa 7 1/2 Millionen Pfund.

Die Kirchenverwaltung veröffentlicht wie jede andere öffentliche Körperschaft ihren Etat und aus der eben erschienenen Rechnungslegung, die Ende Juni abgeschlossen wurde, ist ersichtlich, daß der zweithöchste Ausgabeposten, ein Betrag von 4 1/2 Millionen Pfund, für die Instandhaltung von Kirchen, Pfarrwohnungen und anderen Gebäuden ausgesetzt war, während 2 1/2 Millionen Pfund für den Missionsdienst verbraucht wurden. Nur 634000 Pfund wurden dem Pensionsfonds zugeleitet, der mit der Erreichung der Altersgrenze, die mit 70 Jahre festgesetzt ist, beansprucht werden kann. Die Verwaltung der Kirchenbehörde erforderte etwas über eine Million Pfund. Insgesamt betragen die Ausgaben rund 17,8 Millionen Pfund.

Etwa der gleiche Betrag wurde auch vereinnahmt. Die Hälfte dieser Summen bezog die Kirche aus Stiftungen, Ländereien, Häusern und Barvermögen, die ihr in der Vergangenheit zur Verfügung gestellt wurden. Die andere Hälfte stammt aus Schenkungen noch lebender Kirchenanhänger. Wenn man bedenkt, daß Kirchensteuern in England unbekannt sind und in Betracht zieht, daß es noch eine Anzahl privater anglikanischer Kirchenverbände gibt, die der "High Church" angeschlossen sind, und die alle über einen sehr beträchtlichen Etat verfügen, kann man wirklich von einer Verbundenheit zwischen Kirche, Staat und allen Teilen der Bevölkerung sprechen.

+ + +

Das Ostbüro der SED meldet:

Die formell abgeschlossene SED Parteiüberprüfung hat ergeben, daß 70 Prozent der bereits vor 1933 der KP angehörenden SED-Mitglieder aus der SED ausgetreten sind oder ausgeschlossen wurden.

X X X

Die Aufstellung der sowjetzonalen Luftpolizei konnte termingemäß nicht abgeschlossen werden, da "technische Voraussetzungen" noch nicht gegeben seien. Als Termin war der 1. März 1951 gesetzt worden. Aus dem Aufbaustab für die Luftpolizei ist dem Ostbüro der SED bekanntgeworden, daß die Sowjets noch keine Genehmigung zu einer personellen Erweiterung des Personalbestandes gegeben haben.

X X X

Wie das Ostbüro der SED erfahren hat, wird die sich im Ausbau befindliche Hauptverwaltung "Seepolizei" ihren Sitz von Wilhelmsruh nach Köpenick verlegen. Die Verhandlungen sind bereits im Gange. Die bisherigen Dienstgebäude sollen den Bergman-Borsig-Werken zurückgegeben werden. Die neuen Dienstgebäude sollen in der Schnellerstraße in sechs bis acht Wochen fertiggestellt sein. Die technischen Abteilungen der HVS sollen nach Wolgast verlegt werden. Der Verbindungsoffizier zum SSD, der VP Oberrat Jodemann, hat wiederholt mit Zwangsmaßnahmen beim Bekanntwerden der Umzugspläne in der HVS gedroht.

X X X

In der Diesterwegschule in Halle mußte ein Schüler mit Würgehalten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Junge hatte sich geweigert, den Jungen Pionieren beizutreten. Seine Mutter habe ihm gesagt, ein Eintritt käme erst in Frage, wenn der Vater aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrt sei. Die Mitschüler unter Anleitung eines JP-Führers haben versucht, den Jungen an zusammengeknüpften Halstüchern der JP-Uniformen aufzuhängen, um ihn zum Beitritt zu zwingen.

X X X

In der näheren Umgebung des Hüttenkombinats-Ost bei Frankfurt a.O. wurden in den ersten Augusttagen 18 Verhaftungen vorgenommen. Über den Grund dieser vom SSD vorgenommenen Verhaftungen ist nichts bekanntgeworden. Die Belegschaft und die umwohnende Bevölkerung sind durch diese Verhaftungen sehr erregt. Weiter wurde bekannt, daß der Volkspolizeirat Herbert Thierbach festgenommen wurde.

X X X

Im Zuge der Umgestaltung des Leipziger Augustusplatzes, jetzt Karl Marx-Platz, beschloß die Stadtverwaltung, zwei Wahrzeichen der Messestadt zu beseitigen. Dabei handelt es sich um den Mendelbrunnen und die Bildergalerie. Auf dem Augustusplatz soll die neue Leipziger Oper entstehen. Außerdem soll hier ein neues Parteigebäude für das SED-Kreissekretariat entstehen.

X X X

Verantwortlich: Peter Raunau